

**Standpunkt:** Der Ökonom Fritz Helmedag zur Metall-Tarifrunde

# Höhere Löhne schaffen mehr Nachfrage

VDI nachrichten, Chemnitz, 20. 1. 06, hat – **Nach Auffassung des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall fördern Lohnerhöhungen die Inlandsnachfrage nur in geringem Ausmaß. Der Ökonom Fritz Helmedag, Professor an der TU Chemnitz und Autor des folgenden Artikels, hält dagegen: Über den Wirtschaftskreislauf würden Lohnerhöhungen indirekt auch nachfragewirksam.**

Die ursprünglich unter der Bezeichnung „Politische Ökonomie“ firmierende Volkswirtschaftslehre war in ihrer kaum 200-jährigen akademischen Existenz stets nicht nur ein Feld seriöser Forschung, sondern diente von den Anfängen an auch als bevorzugter Tummelplatz von Weltverbessern, Interessenvertretern und Ideologen.

## Fritz Helmedag

ist seit 1993 Professor für Volkswirtschaftslehre (Mikroökonomie) an der TU Chemnitz. Seine Forschungsinteressen: Theorie und Politik der Wettbewerbswirtschaft, Produktions-, Wert- und Kapitaltheorie, Beschäftigungstheorie und -politik sowie die Geschichte der ökonomischen Lehmeinungen. has

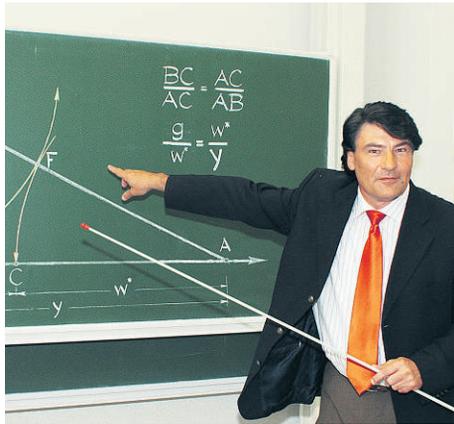
Leider finden auch in der aktuellen Diskussion etliche sendungsbewusste Ökonomen mit übertriebenem Vereinfachungsdrang das Ohr der Öffentlichkeit. Dabei bietet gerade die deutsche Wirtschaftspolitik der letzten Jahre reichlich Anschauungsmaterial, wie – entgegen allen vollmundigen Versprechungen – auf unzutreffenden Diagnosen beruhende Heilpläne insgesamt eher schaden als nutzen. Der Streit um die Kaufkrafttheorie des Lohnes ist hierfür ein besonders instruktives Beispiel.

Im Vorfeld der aktuellen Tarifrunde kritisieren die Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektro-Industrie wieder einmal vehement den gerne von

Gewerkschaftsseite vorgebrachten Gesichtspunkt, wonach eine bessere Bezahlung der abhängigen Erwerbstätigen die Konsumnachfrage kräftigt und damit die Beschäftigung stimuliere. Laut Gesamtmetall handelt es sich hierbei um reines Wunschdenken: Die Konjunktur werde durch eine Entgelt-erhöhung keineswegs belebt, denn das Plus in der Löhntüte sei teuer erstanden und fördere nur zu einem kleinen Teil den Absatz heimischer Erzeugnisse.

In dem Informationsdienst „M+E Argumente“ Nr. 3/2005 (siehe Grafik) wird dazu folgende Rechnung aufgemacht: Ein hypothetisch Arbeitgeberanteil kosten 100 € mehr Lohn den Betrieb 121 €. Der Beschäftigte erhalte davon jedoch nur 51 €, denn der Staat kassiere bei den Arbeitnehmern 49 € Sozialbeiträge und Steuern. Da überdies 15 € für Importwaren ausgegeben und 6 € gespart würden, blieben nur 30 € für den privaten Verbrauch übrig. Damit verursache ein größerer Betrag auf dem Gehaltszettel im Verhältnis zum Nachfrageschwachs viermal so hohe Kosten. Die Moral der Geschichte liegt auf der Hand: Kein einziger deutschsprachiger Ökonom sei Anhänger des seit langem als „Münchhausen-Theorie“ geschmähten Kaufkraftarguments. Ergo: Wer gleichwohl vom Gedanken mehr oder weniger Sympathie entgegenbringt, ist ein Lilienbaron, der Wirtschaftsmärchen erzähle.

Bei Lichte gesehen, verwundert dieses Verdikt freilich: Wenn denn selbst bei bestem Willen nicht die leiseste Spur einer Wahrheit in der inkriminierten Überlegung zu finden wäre, bedürfte es doch nicht der regelmäßig wiederkehrenden Anstrengungen, die Bedeutung des Kaufkraftarguments für die Beschäftigung ad absurdum führen zu wollen. Und so gibt es trotz der damit verbundenen Beziehung mangelnder Qualifikation in Wissenschaft, Wirtschaft und Politik noch immer ein wackeres Fähnlein, das der herrschenden Lehre eine mitnich-



**Fritz Helmedag:** „Die Anhänger der Kaufkrafttheorie stehen keineswegs im Absicht, was das manche suggerieren wollen.“ Foto: FH

ten neue Erkenntnis entgegenhält: In der modernen Kreditgeldwirtschaft läuft die Entwicklung der Masseneinkommen dem Konsumniveau voraus und nicht umgekehrt. Tatsächlich stehen die Befürworter der Kaufkrafttheorie keineswegs im Absicht, wie das manche suggerieren möchten.

Beginnen wir mit den so genannten Lohnnebenkosten, die zurzeit ein ganz großes Thema sind. Immerhin räumt Gesamtmetall im Unterschied zu anderen Verlaubarungen nunmehr ein, dass die Sozialbeiträge sich keineswegs in Luft auflösen, sondern letztendlich wieder Mehrabsatz erzeugen. Mit die-

sen Ausgaben werden selbstverständlich nicht sofort und nur Erzeugnisse der M+E-Branche erworben. Aber eine solche unmittelbare Rückflussgarantie gibt es prinzipiell weder bei auszahlungswirksamen Kosten noch bei ausgeschütteten Gewinnen. Mehr gesamtwirtschaftliches Denken tut auch diesbezüglich Not.

Außerdem sind die Sozialversicherungsbeiträge ihrem Wesen nach eine Komponente der ökonomisch relevanten Gesamtvergütung: Erwerbspersonen werden manchmal krank, sie verlieren zuweilen den Arbeitsplatz und sie gehen öfter und länger in Rente.

## Lohnerhöhungen

Was sie kosten und was davon Kaufkraft wird

100 € mehr im Monat kosten den Betrieb einschließlich Sozialabgaben: 121 €

davon Steuern und Abgaben: 70€ bleiben netto: 51€

21€ Sozialbeiträge Arbeitgeber	6€ Ersparnis
21€ Sozialbeiträge Arbeitnehmer	15€ Konsum von Importwaren
28€ Lohnsteuer Kirchensteuer Solidaritätszuschlag	30€ Konsumnachfrage Inland

Von einer Lohnsteigerung bliebe nach Auffassung des Arbeitgeberverbandes

Gesamtmetall nur ein kleiner Teil zur Stärkung der Inlandsnachfrage übrig. Damit will der Verband das Argument der IG Metall, eine deutliche Lohnerhöhung sei zur Stimulierung der Kaufkraft nötig, entkräften.

Die damit verbundenen Aufwendungen gehören zu einem Entgelt, das es gestattet, die gesellschaftliche Arbeitskraft zu erhalten. Im Übrigen stellt gerade das Gesundheitswesen, in dem ein Großteil der Sozialbeiträge verbraucht wird, einen Wachstumssektor par excellence dar, wo sich offenbar gute Geschäfte machen lassen.

Die anderen in Anschlag gebrachten Verlustgrößen weisen einen gravierenden Schnitzer in der Spezifikation auf. Unklar ist nämlich, von welchem Niveau aus eine Lohnerhöhung um 100€ erfolgt. Geringverdienere haben jedenfalls keine direkte Steuerbelastung von 28 % wie in der Beispielrechnung zu tragen. Außerdem gibt der Fiskus die Einnahmen mit Sicherheit wieder aus: Erneut kann von einem endgültigen Nachfrageausfall nicht die Rede sein.

Ferner mag offen bleiben, ob Otto Normalverbraucher wirklich fast 30 % seines verfügbaren Einkommens für Importe braucht. Ohnehin kehrt das ins Ausland strömende Geld – auf welch verschlungenen Wegen auch immer – über deutsche Exporte zurück. Deshalb ist es gerade aus Sicht der M+E-Industrie unangebracht, zunehmende Einfuhren pauschal auf das Verlustkonto zu buchen. Es gilt im Besonderen, was im Allgemeinen zutrifft: Wer kauft soll, muss Einkünfte haben.

Die letzte Kandidatin, die der Zirkulation anscheinend verloren geht, ist die Ersparnis. Doch selbst diese 6 € der Musterkalkulation verschwenden nicht im Nirwana. Arbeitnehmerhaushalte sparen deutlich weniger als die angenommenen 11,7 % des Nettoeinkommens. Den Löwenanteil der Geldvermögensbildung liefern die besser Verdienenden. Die Binnennachfrage schwächelt in den vergangenen Jahren hauptsächlich deshalb, weil die Masseneinkommen praktisch stagnieren. Produktivitätsorientierte Abschlüsse zum Vorteil beider Tarifparteien sollten hingegen die Kreislaufströme kräftigen und die Verteilungsquoten stabilisieren. Für eine in diesem Sinn vernünftige Lohnpolitik muss man weder nach Münchhausens Schopf noch in die Trickkiste eines Magiers greifen, der Dinge verschwinden lässt.

FRIITZ HELMEDAG

[www.gesamtmetall.de](http://www.gesamtmetall.de)

## Metall-Tarifrunde

Am 20. Januar wird der Vorstand der IG Metall bekannt geben, mit welcher Lohnforderung die Gewerkschaft in die kommende Tarifrunde gehen wird. Bereits im Dezember hatte der IG-Metall-Vorstand eine Forderung von zu 5 % empfohlen. Dem haben sich die Bezirke Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Sachsen, Berlin-Brandenburg sowie Rheinland-Pfalz, Hessen und Thüringen angeschlossen.